

Plädoyer für das Argument

Was tun, wenn die Mehrheit irrt? Über das destruktive Potential gefühlter Wahrheiten **in der Demokratie**, populistische Propaganda und gut begründete Standpunkte.

Von **Barbara Zehnpfennig**

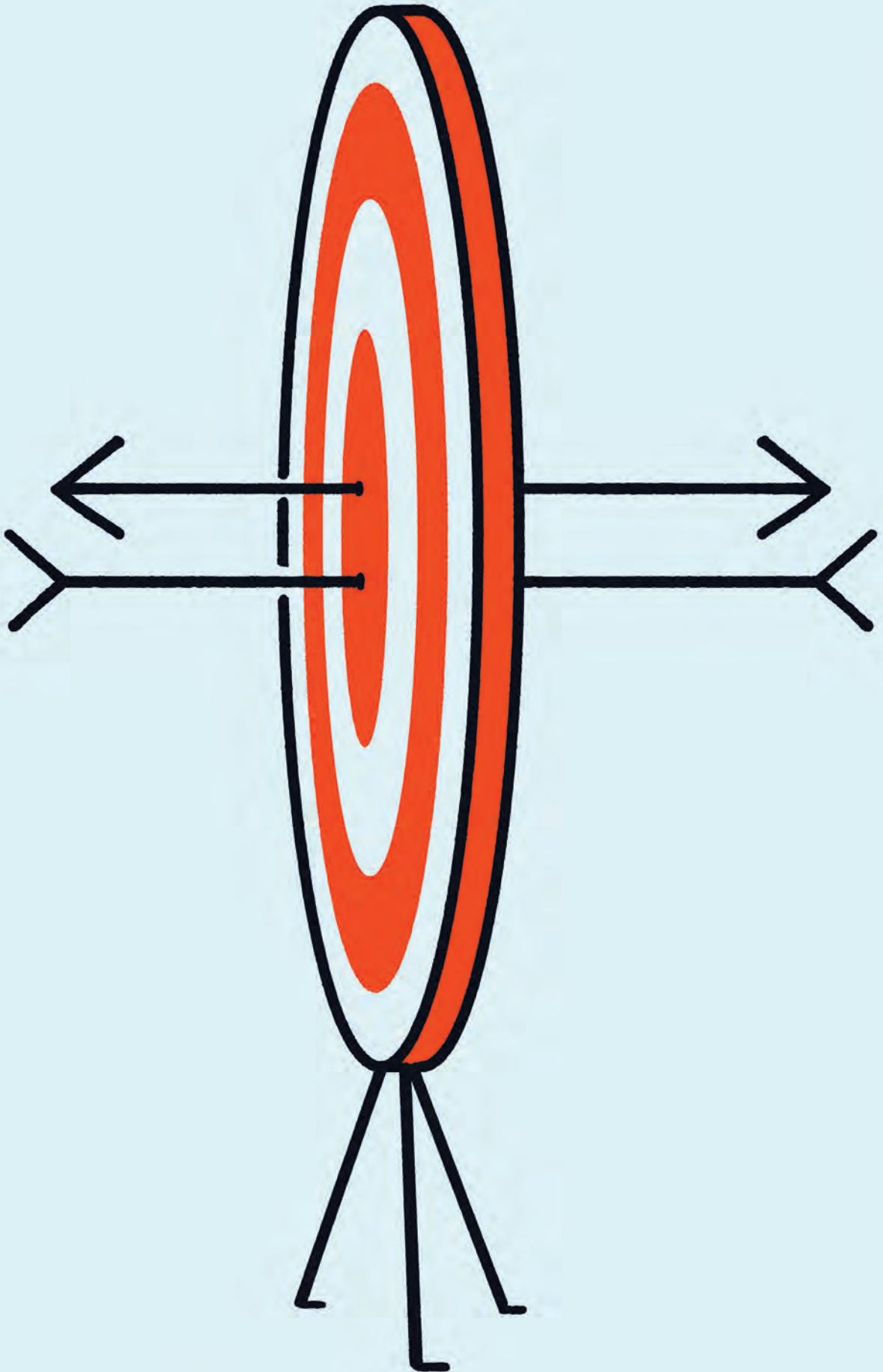
Das Diktum, dass es in der Demokratie um Mehrheit und nicht um Wahrheit gehe, trifft in gewisser Weise zu, greift andererseits aber zu kurz. Mehrheiten, die sich um Irrtümer, Lügen oder Realitätsverweigerung herum organisieren, dürften auf Dauer keinen Bestand haben, weil sich die Wirklichkeit, die man verkennt oder leugnet, auf irgendeine Weise doch wieder geltend macht. Menschen sterben, auch wenn viele das Corona-Virus für eine Erfindung sinisterer Mächte halten, deren vorgebliche Pandemie-Bekämpfung tatsächlich auf die totale Kontrolle der Bürger zielt. Ökologische Formen der Energiegewinnung ziehen durchaus beachtliche Umweltschäden nach sich, auch wenn viele meinen, die Zerstörung der Ökosphäre könne durch die Nutzung

alternativer Energien vermieden werden. Hier stehen die Fakten gegen das, was Menschen glauben oder glauben wollen. Solange solche Irrmeinungen nicht mehrheitlich vertreten werden, hält sich ihr Schaden wahrscheinlich in Grenzen. Sobald sie jedoch mehrheitsfähig werden, haben sie ein destruktives Potential, das sich auf das gesamte politische System auswirken kann.

Bedeutung des Universalismus

Warum gilt in Demokratien das Mehrheitsprinzip? Letztlich steht dahinter das universalistische Menschenbild – die Annahme, dass es dem Menschen wesenseigen ist, über die Anlage zur Vernunft zu verfügen und sich daher auch ein vernünftiges Urteil bilden zu

können. Die Umsetzung dieses Gedankens erfolgte in der Geschichte zweifellos nur stufenweise. In der antiken Demokratie waren Sklaven, Frauen und Metöken, also ortsansässige Fremde, von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen. Die erste moderne repräsentative Demokratie, die US-amerikanische, machte es noch nicht viel besser und ersetzte die Metöken z. T. durch Besitzlose. Doch sukzessive wurde das Menschheitliche des Universalismus-Gedankens auch politisch wirksam und der Kreis der am politischen Entscheidungsprozess Beteiligten erweitert. Nicht in ihn einbezogen sind in der liberalen Demokratie der Gegenwart nur noch die Unmündigen sowie diejenigen, denen die Staatsbürgerschaft fehlt bzw. die ihre staatsbürgerlichen Rechte verweigert haben.



Weil die Vernunftfähigkeit jedermann unterstellt wird, haben alle Stimmen das gleiche Gewicht. Die Demokratie unterscheidet nicht zwischen Vernunftfähigkeit und faktischer Vernünftigkeit – nach welchem Maßstab sollte sie dies auch tun? – und gewährt deshalb allen Staatsbürgern gleichermaßen die politische Teilhabe. Liberale Demokratien sind aber nicht nur Systeme der Gleichheit, sondern auch Systeme der Freiheit. Sie ermöglichen die freie Entfaltung von Meinungen, sodass sich in der Folge kaum eine einheitliche Meinung, ein einheitlicher „Volkswille“ herausbilden kann. Aus diesem Grund wird bei der Wahl, aber auch dann, wenn politische Entscheidungen an demoskopischen Ergebnissen ausgerichtet werden, der Teil für das Ganze genommen, die Mehrheit der Bürger für die Gesamtheit der Bürger. Dass bei einem solchen Vorgehen der Minderheitenschutz besonders wichtig ist, liegt auf der Hand. Viele Mechanismen, z. B. die Bindung der Politik an das Recht, die Freiheit, sich in Interessengruppen zu

organisieren oder neue Parteien zu gründen etc., sollen dafür sorgen, dass auch Minderheiten zu Wort kommen.

Wahrheit – keine Frage der Mehrheit

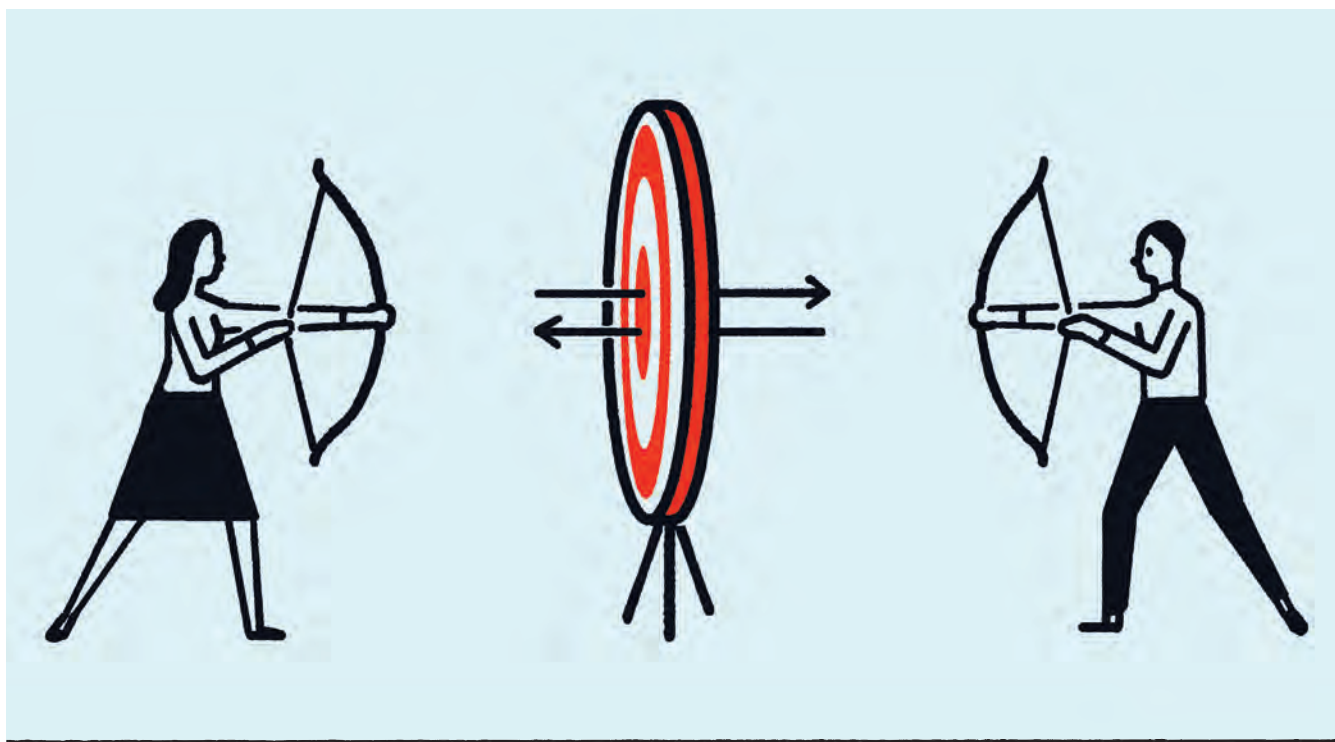
Dennoch bildet das Mehrheitsprinzip die politische Grundlage der Demokratie. Nun ist Wahrheit allerdings keine Frage der Mehrheit; auch Mehrheiten können irren. Geht es in der Demokratie also tatsächlich nicht um Wahrheit, sondern um Machtverhältnisse? Hat das als richtig zu gelten, was mehrheitlich beschlossen wurde, egal, ob es wahr ist?

Dass sich die Wirklichkeit nicht darum kümmert, ob man sie achtet, wurde bereits erwähnt; sie macht sich anderweitig geltend. Wenn man an den Fakten vorbeiregiert, wird sich das rächen. Doch nicht alles, worüber politisch zu entscheiden ist, hat den Rang von Fakten. Die Missachtung eines ausgewogenen Verhältnisses von staatlichen Einnahmen und Ausgaben führt unweigerlich

zur Verschuldung. Wie aber steht es etwa mit der Frage, welche Mittelverteilung gerecht ist? Was ist hier die Wahrheit?

Populismus und Wahrheit

Die Auffassung, dass es bei derartigen Fragen ohnehin nur Meinungen gibt und keine Wahrheit, hat weitreichende Folgen. Denn sie entlastet von der Notwendigkeit der Begründung. Wenn Meinungen unhintergebar und nicht an einem übergeordneten Maßstab messbar sind, kann es für sie gar keine Begründung geben. Dann bleibt nur der Machtkampf zwischen ihnen, ihre Durchsetzungsfähigkeit entscheidet über ihre Richtigkeit. Dass eine solche Entbindung des politischen Kampfes von Wahrheitsmaßstäben gerade extremen Positionen zugutekommt, zeigen die Entwicklungen der letzten Zeit. Populisten aller Couleur reüssieren mit einer politischen Propaganda, die kaum mehr Hemmungen kennt und mit Lügen sowie dem Leugnen oder Ignorieren von Fakten Erfolge bei den Wählern



Was stattdessen geboten wäre, ist eine gesellschaftliche Rehabilitierung des Arguments.

Sobald Irrmeinungen mehrheitsfähig werden, haben sie ein destruktives Potential, das sich auf das gesamte politische System auswirken kann.

feiert. Das reicht von der linken Syriza, die den Griechen bei der Euro-Rettung den großen Aufstand gegen die „Diktate“ der EU versprach, über die Tories unter Boris Johnson, die mit gefälschten Zahlen für den Brexit warben, bis zu rechtsextremen Kräften in der AfD, die Deutschland in der „Corona-Diktatur“ wähen. Sie alle können an Schwachstellen der demokratischen Willensbildung ansetzen, die offenbar schon zuvor vorhanden waren.

Schwachstelle der Demokratie

Denn es ist ein großer Unterschied, ob man den Pluralismus, den die liberale Demokratie mit ihrer Wertschätzung individueller Meinungs- und Lebensgestaltung ermöglicht, als Grundlage für die gemeinsame Wahrheitssuche versteht oder als Freiraum für das Ausleben individueller Bedürfnisse. Der Vertrauensvorschuss an den Einzelnen, als mündiger Bürger behandelt zu werden, stellt eine permanente Versuchung dar, sich diese Mündigkeit anstrengungslos selbst zuzuerkennen. Auch die dezidiert ökonomische Ausrichtung der westlichen Demokratien kann dazu verleiten, Individualität primär durch die je eigenen (Konsum-)Präferenzen auszudrücken statt durch eine differenzierte, auf Information und kritischer Prüfung beruhende Urteilsbildung. Pluralität und Diversität, die freiheitliche Gesellschaften großzügig ermöglichen und die einen weiten Raum für den offenen Dialog, das gemeinsame Ringen um Wahrheit böten, geraten so leicht zum Selbstzweck. Das Bunte wird zum Wert an sich.

Dass bei solcher Maßstabslosigkeit Pluralismus schnell mit Relativismus identifiziert wird und sich auch extreme Positionen als Bereicherung des bunten Spektrums an Meinungen und Positionen empfinden, ist eine nachvollziehbare Konsequenz.

So verkehrt sich der universalistische Ausgangspunkt, die Annahme einer allen Menschen gemeinsamen Vernunftanlage, in sein Gegenteil: die Aufgabe des universellen Bezugspunkts Wahrheit, der Zerfall des öffentlichen Dialogs in lauter Partikularismen, der Glaube an die je eigene „Wahrheit“, die mit der des anderen in keiner Weise mehr kompatibel ist. Verschwörungsdenken tritt dann mit demselben „Wahrheits“-Anspruch auf wie eine argumentativ begründete Position. Wenn der gemeinsame Bezugspunkt, der gemeinsame Prüfstein fehlt, hat der eine dem anderen nichts mehr zu sagen.

Die Wissenschaft als Retter?

Die Rettung aus der Misere, dass in der politischen Debatte zunehmend Realitätsverweigerung, bewusste Lügen und die Konstruktion abwegiger Kausalzusammenhänge Gehör finden, wird in der letzten Zeit vermehrt in der Wissenschaft gesucht: Sie soll Klarheit, Eindeutigkeit und Wahrheit schaffen. Das erscheint naheliegend, ist aber problematisch.

Zunächst kann die Wissenschaft politische Entscheidungen nicht ersetzen oder auch nur präjudizieren. Welche politischen Konsequenzen man aus der Entwicklung der Inzidenzzahlen während der Corona-Pandemie zieht, liegt in ihr nicht beschlossen. Ganz im Gegenteil entbrennt gerade über die Deutung dieser Zahlen ein heftiger politischer Meinungsstreit. Zweitens ist die Wissenschaft in sich ebenfalls plural organisiert, und die in ihr Tätigen sind bestenfalls auf der Suche nach Wahrheit, nicht aber in deren Besitz. Zwar mag es zu bestimmten Zeiten in der Wissenschaft vorherrschende Paradigmen geben. Diese können aber wieder verworfen werden wie z. B. in der Physik beim Wechsel von der Korpuskel- zur Wellentheorie des Lichts. Drittens weist die Wissenschaft nicht immer

die Objektivität und Neutralität auf, die man von ihr erwartet. Eine Wissenschaft, die zunehmend auf Drittmittelfinanzierung angewiesen ist, erhält starke Anreize, sich mit ihrer Forschung dem Drittmittelgeber genehm zu machen. Auch gesellschaftliche Stimmungslagen können auf die Wissenschaft einwirken. Als Klimaforscher steht man unter großem Erwartungsdruck, welche Art von Resultaten man hervorbringen soll; als Sozial- und Geisteswissenschaftler fühlt man sich leicht genötigt, Forschung mit Gesinnungsbekanntnissen zu versehen. Die Wissenschaft kann im politischen Raum als Ratgeber tätig werden. Doch äußere wie innere Beschränkungen erlauben es nicht, ihr bedingungslos zu folgen.

Was stattdessen geboten wäre, ist eine gesellschaftliche Rehabilitierung des Arguments, der sachlichen Auseinandersetzung, des produktiven, weil ergebnisoffenen Streits. Weder Wahrheitsverzicht noch die Beanspruchung der Wahrheit für sich führen offensichtlich weiter. Es bleibt das gemeinsame Ringen um Wahrheit – mit nachvollziehbaren Begründungen, mit Offenheit für die Argumente der Gegenseite und mit ständiger Revisionsbereitschaft, was den eigenen Standpunkt angeht.

Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig

lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Passau und forscht über antike Philosophie, amerikanisches Verfassungsdenken, Totalitarismus und Extremismus. Sie ist Mitglied der BAdW und gehörte von 2017 bis 2021 ihrer Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Faktizität der Welt“ an.
